Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530.
Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 164. Donnerstag, 17. Juli 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Fest-Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Deckungsprogramm gescheitert.

Notverordnung erlassen.

Artikel 2 des Reichshilfegesetzes abgelehnt. — Der Reichskanzler zieht die Deckungsvorlagen zurück.

*** Berlin. Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch abend, die Deckungsvorlagen im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen, nachdem der Versuch, diese Deckungsvorlagen im Reichstage zur Annahme bringen zu lassen, als gescheitert anzusehen war. Auf Grund des Notverordnungsrechts wurden die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigenzuschläge, die Bürgerabgabe und im Wege einer besonderen Verordnung die Schankverzehrsteuer in Kraft gesetzt.**

*

vdz. Berlin, 16. Juli 1930.

Die heutige Reichstagssitzung hat die erwartete Entscheidung über die Deckungsvorlage gebracht. Die Vorlage hat keine Mehrheit gefunden und die Regierung hat nach der Ablehnung des Artikels II auf die Weiterberatung verzichtet, und will nun das Deckungsprogramm unter Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung durch eine Notverordnung durchsetzen. Die gestern angebahnten Versuche, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten herbeizuführen, um auf diese Weise eine parlamentarische Mehrheit für die Vorlage zu gewinnen, sind gescheitert. Die Sozialdemokraten hatten in einem Schreiben an die Regierungsparteien **sich zu Verhandlungen** bereit erklärt, aber dabei betont, daß die sogenannte Bürgersteuer für sie vollkommen unannehmbar sei.

Der Sitzungsbericht.

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung des Reichstags stand zunächst **der Einspruch des Reichsrats gegen das neue Amnestiegesetz.** Die namentliche Abstimmung ergibt 296 Stimmen gegen 146 sozialdemokratische Stimmen für den Einspruch und 10 Stimmenthaltungen.

Präsident Löbe erklärte, zur Zurückweisung des Einspruchs wären nach der Geschäftsordnung in diesem Falle 300 Stimmen notwendig gewesen. Da diese Zeit nicht erreicht wurde, sei dem Einspruch des Reichsrats stattgegeben worden. (Pfui-Rufe rechts.)

Es folgt die erste **Beratung der Anträge** der Sozialdemokraten, **Demokraten und des Zentrums** auf Annahme des **Genfer Handelsabkommens** vom 24. März 1930.

Abg. **Esser** (Ztr.) beantragt Ueberweisung an den Handelspolitischen Ausschuß.

Abg. **Graf Westarp** (Dnat.) beantragt Absetzung von der Tagesordnung.

Im Hammelsprung wird **der Antrag Westarp** mit 270 gegen 140 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Die Anträge werden dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Dann wird das Bankkreditgesetz für 1930 ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung **angenommen.**

Das Gesetz über die **Verwendung von Inlandsgerste zur Herstellung von Malz wird** dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Hierauf wird die **zweite Beratung der**

Deckungsvorlage

fortgesetzt.

Abg. **Torgler (Komm.) führt aus**, die gestern den Sozialdemokraten **bewilligte** Ueberlegungspause werde zu einem lustigen Kuhhandel zwischen Sozialdemokraten und Regierungsparteien benutzt. Mit ihrer Stimmenthaltung beim Artikel I hätten die Sozialdemokraten eine Mehrheit für die sogenannte Reichshilfe ermöglicht. Der Redner fordert eine Millionärsteuer, eine zehnprozentige Sondersteuer für alle Vermögen über 500 000 Mk.

Abg. **Dr. Breitscheid** (Soz.): Unsere Stellungnahme ist nicht so sehr bedingt durch die Gestaltung der einzelnen Artikel des Gesetzes als durch die politische Gesamtsituation. Einzelne Bestimmungen **des Gesetzes** lehnen sich an die von uns veröffentlichten Richtlinien. **Ganz unannehmbar aber ist für uns die Bürgersteuer,** die man besser Kopf- oder Negersteuer nennen müßte. **Bleibt sie im Gesetz, dann lehnen wir die ganze Vorlage ab.** Für uns ist die Vorlage auch unannehmbar, weil sie verknüpft ist mit einer Verschlechterung der Sozialpolitik. Der Konsequenzen unserer Ablehnung sind wir uns bewußt. Die Regierung Brüning ist von Anfang an eine Minderheitsregierung gewesen. Sie braucht zur Mehrheitsbildung die Unterstützung von rechts oder links. Der Reichskanzler beabsichtigt, zur Durchführung seiner **Vorlage den Artikel 48** anzuwenden. **Wir halten** das für verfassungswidrig, denn **Artikel 48** soll dem Staat helfen, aber nicht einer Regierung aus der selbstverschuldeten Verlegenheit helfen. Wir werden sofort die Aufhebung der Notverordnung beantragen und werden dann abwarten, ob die **Deutschnationalen** unserem Antrag zustimmen oder lieber ihre Oppositionsstellung aufgeben werden. (Lärm bei den Nationalsozialisten.) Sie (zu den Nat.-Soz.) wollen ja den Faschismus, aber es tut mir leid, daß die Regierung Brüning Ihnen folgt. Wir werden dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstags nicht zustimmen, denn das Ziel dieses Antrages ist doch, daß nach der Reichstagsauflösung der Artikel 48 angewandt werden soll.

Abg. **Esser** (Ztr.): Es ist ein außergewöhnlicher Vorgang, daß hier von der Rednertribüne Einzelheiten persönlicher Verhandlungen mitgeteilt werden. Ich stehe zu jedem Wort das ich gesagt habe. Ich habe eine schriftliche Beantwortung abgelehnt, mit der rheinischen Begründung: „Wer schrievt, der blievt!" (Ruf bei den Soz.: „Das ist das schlechte Gewissen!") **Tatsächlich sind diese Verhandlungen zum Scheitern verurteilt gewesen, daß die Sozialdemokraten den dritten Satz ihres Schreibens in eine ultimative Form gekleidet haben, die eine Verständigung unmöglich machte.** — Als gestern nach der Erklärung des Abg. Oberfohren feststand, daß die bürgerliche Regierung Brüning die Unterstützung der Partei des Abg. Oberfohren nicht zu gewärtigen hätte, habe ich in der Sorge, daß die Anwendung der übrigen verfassungsmäßigen Mittel notwendig werden könnte, die auch wir nur dann angewendet wissen wollen, wenn es nicht anders geht, (Lärm und Zwischenrufe) Verhandlungen mit Herrn Breitscheid angebahnt, um vielleicht diesen Weg nicht gehen zu müssen. Ich habe mit Herrn Breitscheid mündlich verhandelt und habe dann den Vertretern der Regierungsparteien loyal mitgeteilt, unter welchen Voraussetzungen die Sozialdemokratie ihre Unterstützung zu geben bereit sei. Nun hat aber Herr Breitscheid den Weg gewählt, schriftlich zu antworten, und ich konnte die Antwort sogar, ehe ich sie in der Hand hatte, schon von einem Pressevertreter hören. Ich bedaure, daß das **Schreiben der Sozialdemokraten** in dem dritten Satz ein Ultimatum an die übrigen Parteien gestellt hat, das **von vornherein eine Absage** bedeutete. **Wenn auf Ihrer Seite der gute Wille gewesen wäre, so würde die Regierung Brüning nicht auf den Weg gezwungen sein, den Sie als verhängnisvoll ansehen.** Wenn Sie diese Möglichkeit nicht wollten, dann dürften Sie nicht diese ultimative Form schreiben. Ich stelle fest, daß, wenn diese Verhandlungen nicht zum Ziele geführt haben, es nicht an uns liegt, sondern an der Form Ihres Schreibens, das jede weitere Verhandlung unmöglich gemacht hat.

Abg. **Dr. Breitscheid** (Soz.) erwidert, der **dritte Satz habe lediglich die Ablehnung der Bürgersteuer ausgesprochen.** Diese Steuer sei aber in der Regierungsvorlage gar nicht enthalten gewesen und der Reichsfinanzminister habe die schwersten Bedenken dagegen geäußert. Wer ernstlich die Verständigung wollte, hätte an der Ablehnung dieser Steuer die Verhandlungen nicht scheitern lassen. Mit dem Wort „wer schreibt, der bleibt" sei schon die Scheu der Regierungsparteien gekennzeichnet, sich schriftlich auf die wirklichen Gründe für ihre Haltung festzulegen.

Abg. **Ende** (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie fügten sich schwächlich dem faschistischen Regime Brünings, während die Kommunisten den Widerstand der proletarischen Massen dagegen organisieren würden. Damit ist die Aussprache beendet.

Artikel II der Deckungsvorlage (Reichshilfe) kommt nun zur namentlichen Abstimmung. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Artikels mit 256 gegen 204 Stimmen.

Dagegen haben die Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und die **beiden** Mitglieder der Volksrechtpartei gestimmt.

Der Präsident stellt die Ablehnung fest und erteilt dem Reichskanzler das Wort. Als sich der Reichskanzler erhebt, rufen die Kommunisten: Abtreten! Abtreten!

Reichskanzler Dr. Brüning: Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung auf die Fortführung der Behandlung der Vorlage keinen Wert legt. (Bewegung.)

Präsident Löbe: Damit ist nicht nur die Deckungsvorlage gefallen, sondern auch der Ergänzungsetat. Bestehen bleiben aber der Antrag der Wirtschaftspartei auf Reichstagsauflösung und der kommunistische Mißtrauensantrag.

Abg. **Schultz-Bromberg** (Dnat.): Zu dem Mißtrauensantrag habe ich zu erklären, daß wir uns von Ihnen, meine Herren Kommunisten, unsere Haltung nicht vorschreiben lassen. (Gelächter links.) **Den Antrag der Wirtschaftspartei betrachten wir als einen unzulässigen Eingriff in die Entschlußfreiheit des Herrn Reichspräsidenten.**

Mißtrauensvotum und Auflösungsantrag abgelehnt.

Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Reichstagsauflösung wird gegen die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 59 Stimmen bei 151 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Deutschnationalen haben gegen den Antrag gestimmt, die Sozialdemokraten haben Stimmenthaltung geübt.

Nach dieser Abstimmung sagt **Präsident Löbe** ein paar Worte, die auf der Tribüne unverständlich bleiben und verläßt seinen Platz.

Die **Sitzung ist durch eine halbstündige Pause unterbrochen.**

*

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die

2. Beratung des Osthilfegesetzes

fortgesetzt.

Abg. **Hergt** (Dnat.) führt aus, im Ausschuß sei das Gesetz verschlechtert worden, vor allem durch die Regierungserklärungen über die Durchführung **und** durch den Beschluß, daß die Satzung der Ablösungsbank erst vom Reichsrat und vom Haushaltsausschuß des Reichstages genehmigt werden müsse. Bedauerlich sei auch die Animosität gegen die Großlandwirtschaft, die bei den Ausschußverhandlungen in Erscheinung getreten sei. Durch das Osthilfegesetz dürfe nicht der Unfriede in die verschiedenen Gruppen der Landwirtschaft getragen werden.

Abg. **Siegfried** (Wirtschaftsp.) begrüßt die Vorlage. **Die Osthilfe sei zu einer Herzensangelegenheit des ganzen deutschen Volkes geworden.** Die Not des Ostens sei nicht nur eine Not der Landwirtschaft, sondern **auch des Handwerks** und Kleinhandels.

Abg. **Römeburg** (Dem.) ist der Meinung, daß die Ausschußbeschlüsse zu einer Verbesserung der Vorlage geführt hätten. Durch die maßlosen Uebertreibungen der Landbundführer, durch ihre unwahre Behauptung, daß die ganze ostpreußische Landwirtschaft bankerott sei, werde den Landwirten nur Schaden zugefügt, indem **der Kredit** erschwert und verteuert werde.

Abg. **Dr. Wendhausen** (Christl.-Nat. Bauern- u. Landvolkp.) weist darauf hin, daß man bei den Umschuldungsaktionen doch wahrlich nicht von Subventionen sprechen könne, schließlich kämen ja die Umschuldungen letzten Endes den Gläubigern zugute.

Reichsernährungsminister Schiele zieht nach Betrachtung von Einzelfragen der Osthilfe den Schluß, daß sich alle verantwortungsbewußten politischen **Kräfte** des Reichstages in erfreulicher Einmütigkeit **zum** Wiederaufbau des bedrohten deutschen Ostens bekennen. **Es handle sich bei der Osthilfe keineswegs um eine Politik der Subventionierung notleidender Wirtschaftszweige in einigen Teilen des Reiches, sondern um einen Akt der Staatspolitik von größter grundsätzlicher Bedeutung für das Wohlergehen des ganzen Staates und Volkes.** Die drei großen Ziele der Ostpolitik der Reichsregierung seien auf wirtschaftlichem Gebiet: die Bahn frei zu machen für einen organischen Wiederaufbau der Wirtschaft im Osten, auf sozialpolitischem Gebiet: die Bekämpfung der Landflucht und tatkräftige Förderung der Siedlung auf nationalpolitischem Gebiet: anstelle der Landverödung und der wirtschaftlichen Preisgabe des deutschen Bodens im Osten ein starkes Bollwerk bodenständigen Bauerntums zu schaffen. Der Minister dankt dann besonders den Vertretern aus West-, Mittel- und Süddeutschland, die sich, getragen vom hohen Verantwortungsbewußtsein und Staatsgesinnung als Diener des Ganzen zu tatkräftiger Mitarbeit für die Rettung des deutschen Ostens erboten hätten. **Die Rettung des Ostens sei die Voraussetzung für die Gesundung und den Wiederaufstieg des gesamten Vaterlandes.**

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die Kriegsbeschädigtennovelle und die Novellen zur Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung.

Ein Antrag, die Amnestievorlage der Regierungsparteien auf die Tagesordnung zu setzen, scheiterte an dem Widerspruch der Linken.

Schluß ½9 Uhr.

*

Die Abstimmung über die Deckungsvorlagen.

Nach dem **amtlichen Ergebnis** der namentlichen Abstimmung über Artikel 2 der Deckungsvorlage sind **für diese Vorlage nur 193, gegen die Vorlage 256 Stimmen** abgegeben worden. Mit den Regierungsparteien stimmten für die Reichshilfe auch die vier deutschnationalen Abgeordneten Dr. Bazille, Dingler, Ohler und Vogt-**Württemberg, sowie der frühere deutschnationale Abg. Bruhn**